

Prüfer kritisieren Kreditvergabe an Signa

131 Millionen Euro – so viel Geld könnte die Signa-Insolvenz die Hypo Vorarlberg kosten. Der Landes-Rechnungshof übt nun Kritik an der Kreditvergabe. Die Bank widerspricht den Darstellungen der Prüferinnen und Prüfer.

Jakob Pflügl, Maximilian Werner

Vor einem Jahr warfen Dokumente, die dem STANDARD zugespielt wurden, ein kritisches Licht auf die Kreditvergabe der Hypo Vorarlberg an die Signa-Gruppe. Wurden Kredite allzu leicht vergeben? Zu einem Zeitpunkt, als René Benkos Imperium bereits schwer angeschlagen war? Die Unterlagen ließen zumindest Zweifel an der Sorgfalt der Bank aufkommen, die zu 77 Prozent im Landeseigentum steht.

Auf Drängen des Vorarlberger Landtags nahm der Landes-Rechnungshof damals Untersuchungen auf – nun liegt der Bericht vor. Die Prüfer üben darin Kritik an den Geschäften der Bank mit der „großen Immobilien- und Handelsgruppe“, wie die Signa vom Rechnungshof umschrieben wird. Im Fokus steht vor allem ein Kredit an die Familie Benko Privatstiftung, der nur „eingeschränkt“ besichert gewesen sei.

Die Hypo Vorarlberg sieht das anders. In ihrer Stellungnahme an den Rechnungshof betont die Bank, dass der Zusammenbruch der Gruppe nicht vorhersehbar gewesen sei. Kredite seien ausreichend besichert gewesen, in den vergangenen Jahren habe man die internen Prüfungssysteme zudem weiter verschärft.

Ende 2023 – mehrere Signa-Gesellschaften schlitterten damals in die Insolvenz – waren bei der Bank laut Rechnungshof sieben Kredite mit einem Volumen von knapp 200 Millionen Euro offen. Sechs davon für Immobilien, einer für die Privatstiftung, die mittlerweile insolvent ist. Zum jetzigen Stand gelten 131 Millionen Euro davon als „ausgefallen“ – wie hoch der Schaden tatsächlich sein wird, ist noch unklar. Das Problem laut Rechnungshof: Während die Bank bei den Immobilienkrediten die Risiken noch hinreichend abschätzen konnte, sei dies beim Kredit an die Familie Benko Privatstiftung aufgrund mangelnder Transparenz „deutlich erschwert“ gewesen. Zudem habe es bei dem Kredit, von dem Ende 2023 noch 47 Millionen Euro offen waren, „Auffälligkeiten“ geben. Es sei fraglich, „ob bei dieser Kreditentscheidung ausreichend Informationen vorlagen“. Zudem sei die „Qualität der Besicherung“ eingeschränkt gewesen. Fazit des Rechnungshofs: „Die Bank ging bei diesem Kredit Risiken ein, ohne sich hinreichend dagegen abzusichern.“

„Sowas machen wir nicht“

Das lag vor allem daran, dass der Kredit für die Privatstiftung nur mit Anteilen an der Signa-Holding besichert wurde, deren Eigentümer die Privatstiftung ist: „Es gab einen Risikogleichlauf zwischen der Bonität des Schuldners und der Qualität der Sicherheit. Denn wenn die Holding ein wirtschaftliches Problem hat, kann sie an die Privatstiftung nichts ausschütten – und dadurch wird die Rückzahlung schwierig“, sagt Rechnungshof-Direktorin Brigitte Eggler-Bargehr dem STANDARD. Und: „Es gibt Banken, die sagen: Sowas machen wir nicht.“

Grundsätzlich hält der Landes-Rechnungshof zwar fest, dass die Hypo Vorarlberg bei den Kreditvergaben eine Risikopolitik verfolge, „bei welcher der Ertrag in einem angemessenen Verhältnis zum Risiko stehen soll“. Außerdem stehe die Bank finanziell gut da, selbst wenn alle Kredite an die Signa komplett ausfallen würden, sagt Eggler-Bargehr. Bei dem Kredit an die Privatstiftung sei aber zu sehr Kundenangaben vertraut worden: „Es gab kritische Medienberichte, die Ratings wurden schlechter, es gab externe Warnsignale von objektiven Markt-

informationen. Aber der Kunde hat gesagt: „Nicht so schlimm.“

Die Hypo konnte im Zuge der Prüfung eine umfassende Stellungnahme abgeben; die Kritik des Rechnungshofs kann sie nicht nachvollziehen. Man habe jahrelang eine erfolgreiche Geschäftsbeziehung zur Signa gepflegt. Erst die Pandemie und die stark steigenden Zinsen, die so für niemanden absehbar gewesen seien, hätten zum Zusammenbruch der Gruppe geführt. Prüfungen der Europäischen Zentralbank (EZB) im Sommer 2023 hätten zudem dazu geführt, dass die Signa schwerer an neue Finanzierung gekommen sei.

Die Kredite seien „marktüblich“ besichert gewesen – auch der umstrittene Kredit an die Familie Benko Privatstiftung. Der Kredit sei mit Signa-Anteilen besichert worden, musste offiziell aber als unbesichert ausgewiesen werden, weil ein „externes Bewertungsgutachten“ gefehlt habe. Interne Berechnungen

hätten dagegen sogar eine „Wertüberdeckung“ gezeigt. Zudem habe die Bank seit Anfang 2023 von der Privatstiftung die „Vorlage eines Abbauplanes“ gefordert. Hier widerspricht der Rechnungshof: Laut den bereitgestellten Unterlagen sei die Einforderung erst Ende August 2023 erfolgt. Generell habe die Bank erst mit Aufkommen von Insolvenzgerüchten begonnen, das Blankorisiko bei der Signa zu reduzieren.

Doch wer trägt die Verantwortung? Laut Landes-Rechnungshof hat der Vorstand „die Sorgfalt einer ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleitung anzuwenden“. Und: „Pflichtwidrig ist etwa eine Kreditvergabe, ohne dass übliche Sicherheiten gewährt und Risiken vorab ordnungsgemäß eingeschätzt werden.“ Ob Konsequenzen folgen, ist wohl eine politische Frage, die sich das Vorarlberger Landhaus stellen muss. Schließlich ist die Hypo Vorarlberg immer noch eine Landesbank.



Vor einem Jahr wurden Kreditvergaben der Hypo Landesbank Vorarlberg Thema im Landtag. Jetzt liegt ein Bericht des Landes-Rechnungshofs vor.

Streaming, aber gratis!

Weil es einfach smart ist! 120+ Sender, 60+ Mediatheken:
Alles kostenlos auf JOYN. Österreichs SuperStreamer

ios

HUAWEI

firetv

apple tv

SAMSUNG

LG

Google TV

androidtv

Panasonic

Hisense

PHILIPS

joyn.at